



## Stoppt den Waffenhandel!

**Mitteilung für die Medien**  
**26. Februar 2019**

### **„Wir fordern ein Rüstungsexportkontrollgesetz ohne jede Hintertür“ Geschäfte mit dem Tod – Die Rolle Deutschlands im Jemen-Krieg**

*Rede von Barbara Happe, urgewald e.V.*

Die Schreckensmeldungen aus dem Jemen reißen nicht ab. Vier Jahre dauert die Militärintervention von Saudi Arabien und seinen Verbündeten im bettelarmen Jemen schon an.

Nach Angaben der VN sind bereits 18.000 Zivilisten durch die Kampfhandlungen ums Leben gekommen, unabhängige Forschungsinstitute wie z.B. ACLED (Armed Conflict Location and Event Data Project) gehen von weit mehr Opfern – über 56.000 – aus.

24 Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, um ihr Überleben zu sichern.

14 Mio. Menschen sind vom Hungertod bedroht. Nur die Hälfte der 3.500 Gesundheitszentren des Landes sind aktuell noch funktionsfähig. Über 3,3 Mio. Menschen sind auf der Flucht.

Die Vereinten Nationen sprechen daher von der „größten menschengemachten humanitären Katastrophe weltweit“. Die Militärintervention von Saudi-Arabien und seinen Partnern hat den Jemen in Schutt und Asche gebombt. Mit ihren Luftangriffen und der Seeblockade ist die Kriegscoalition für einen Großteil der zivilen Opfer und Zerstörungen verantwortlich.

Auch Deutschland und deutsche Firmen belieferten die Kriegsparteien in den letzten vier Jahren fleißig mit Rüstungsgütern. Seit Jahren gehören Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Ägypten zu den Top-Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vier Jahren des Krieges genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte im Wert von über 5 Mrd. Euro an die Jemen-Kriegscoalition.

Genehmigungen wurden u.a. erteilt für Patrouillenboote, U-Boote, Fregatten, Komponentenlieferungen für Panzer und Kampfflugzeuge, Haubitzen, Raketen, Maschinenpistolen, Bomben und Munition. Mit diesen Rüstungsgütern hat die Bundesregierung v.a. Kriegsparteien wie Saudi-Arabien, die VAE und Ägypten aufgerüstet.

Teilweise kommen diese Güter jetzt im Jemen-Krieg direkt zum Einsatz wie z.B. die Kampfflugzeuge Eurofighter, die zu 30% aus deutschen Zulieferungen von Firmen wie Airbus, Liebherr, Diehl oder MTU Aero Engines bestehen. Oder die an Saudi-Arabien gelieferten Patrouillenboote der Lürssen Werft, die sich nach Medienberichten an der Seeblockade beteiligt haben.

Die Kriegscoalition setzt im Jemen zudem Munition der MK 80-Serie ein, die nicht direkt von Deutschland aus geliefert werden, sondern von Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen von Rheinmetall in Italien und Südafrika hergestellt und von dort aus direkt an Saudi Arabien und die VAE geliefert worden sind und werden. Darüber hinaus hat Rheinmetall Denel (das Gemeinschaftsunternehmen in Südafrika) geholfen, komplette Munitionsfabriken in den VAE, Saudi-Arabien und Ägypten zu errichten.

Deutschland und deutsche Rüstungsfirmen machen sich also mitschuldig am Töten im Jemen. Das muss endlich ein Ende haben!

2018 versprach die neue Große Koalition aus CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag „ab sofort keine Ausfuhren mehr an Länder zu genehmigen, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“. Umgesetzt hat sie davon in den ersten Monaten gar nichts.

Erst im Oktober 2018 stoppte sie dann temporär in Reaktion auf die Ermordung des saudischen Journalisten Kashoggi Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und bat deutsche Firmen, bereits erteilte Exportgenehmigungen nicht mehr zu nutzen. Dieses Moratorium gilt jetzt noch bis Anfang März.

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)



Es ist unfassbar, dass die Grauen des Jemen-Krieges die Bundesregierung bisher nicht dazu bringen konnten, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

Umso zentraler ist es nun, dass dieser temporäre Exportstopp gegen Saudi Arabien weiter bestehen und in ein prinzipielles und kategorisches Exportverbot umgewandelt und auf sämtliche Staaten der von Saudi-Arabien angeführten Jemen-Kriegskoalition ausgeweitet wird!

Sämtliche bereits erteilten Ausfuhrgenehmigungen müssen widerrufen werden. Und ein solches Waffenembargo muss auch für (Zulieferungen für) europäische Gemeinschaftsprojekte wie z.B. den Eurofighter gelten! Zudem benötigen wir ein verbindliches Rüstungsexportgesetz, das auch die Auslandsgeschäfte deutscher Rüstungsfirmen kontrolliert und existierende Schlupflöcher zur Umgehung des Jemen-Ausschlusskriteriums schließt!